

A N F R A G E von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Waffenbesitz

Der tragische Mordfall im Wallis hat die Diskussion rund um den Waffenbesitz erneut ins Rollen gebracht. Die Stellungnahme von Regierungsrätin Fuhrer, der neuen Präsidentin des Schweizer Schiesssportverbandes, hat dies noch verstärkt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat gegenüber der Tatsache, dass in der Schweiz praktisch in jedem Haushalt eine Waffe steht?
2. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass in der Schweiz bei tödlichen Beziehungsdelikten mit Abstand am meisten zur Schusswaffe gegriffen wird und dass bei Suizidfällen die Ordonnanzwaffe eine Hauptrolle spielt?
3. Sieht der Regierungsrat einen Zusammenhang zwischen der privaten Aufbewahrung der persönlichen Dienstwaffe und den sich häufenden Familientragödien und Suizidfällen?
4. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass nach der Verkleinerung der Armee immer mehr Ordonnanzwaffen in die Hände von Personen ohne Bedürfnisnachweis für das Tragen einer Waffe geraten?
5. Teilt der Regierungsrat die Meinung von Frau Regierungsrätin Fuhrer, dass es in Bezug auf Waffen keine Bevormundung brauche?
Will er sich wie Frau Regierungsrätin Fuhrer dafür einsetzen, dass der Bürger und Soldat sein Gewehr und die Munition weiterhin nach Hause nehmen darf?
6. Hat sich der Regierungsrat vor der Übernahme des Präsidiums im SSV durch Frau Fuhrer und ihrer Äusserung bezüglich Lockerung des Waffenrechts bereits mit dem Thema befasst? Könnte es nicht sein, dass ein solches Amt, wenn es von einem Mitglied des Regierungsrates ausgeführt wird, ein falsches Signal für die Bevölkerung setzt?
7. Umfragen bei der Bevölkerung zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung für eine Verschärfung des Waffenrechts ist und ein Abgabeverbot für Militärwaffen und Munition fordert.
Wie geht der Regierungsrat mit dieser Meinungsäusserung der Bevölkerung um? Wie ernst nimmt er sie?
8. Ist der Regierungsrat bereit, sich auf kantonaler Ebene für eine restriktive Abgabe von Ordonnanzwaffen und Munition einzusetzen?
9. Ist er bereit, sich auf Bundesebene dafür zu engagieren?